

Es geht um Lebensqualität

ARBEITSZEIT | ver.di wirbt im Bündnis mit anderen Organisationen für die Verkürzung der Arbeitszeit

Gute Arbeit – Gutes Leben – Arbeit fair teilen. Unter diesem Motto hat der ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen in diesem Sommer gemeinsam mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis zu einer Arbeitszeitkonferenz in Hannover eingeladen. ver.di-Landesleiter Detlef Ahting sagte zur Eröffnung: „Wir wollen Arbeitszeitverlängerungen stoppen und die Tür für Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohn- und Personalausgleich öffnen. Es geht uns um die humane Gestaltung der Arbeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um altersgerechtes Arbeiten und flexible Übergänge in die Rente.“

Männer und Frauen wünschen sich kürzere Arbeitszeiten. Dagegen wollen vor allem teilzeitbeschäftigte Frauen ihr Arbeitsmit-Kontingent erhöhen, weil sonst das Geld nicht zum Leben reicht. Das haben aktuelle Studien der Arbeitszeitforschung ergeben. Die Wissenschaftler plädieren für den Abbau von Überstunden und mehr Gestaltungsspielraum der Beschäftigten durch Wahlarbeitszeiten. Vor dem Hintergrund der Krise in Europa, verwies ver.di-Landesleiter Ahting darauf, dass eine generelle Arbeitszeitverkürzung ein taugliches Mittel zum Erhalt von Arbeitsplätzen



Wir erleben, wie die prekäre und unsteife Arbeit zunimmt

und zur Bekämpfung drohender Arbeitslosigkeit sei.

Die Alltagsrealität

Die Politikwissenschaftlerin Beate Zimpelmann, Professorin an der Hochschule Bremen, bestätigte das: „In den Krisen-jahren 2008/2009 haben Arbeitszeitverkürzungen in Deutschland wesentlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen.“ Ihr Fazit: „Wir brauchen eine generelle Arbeitszeitverkürzung aus Gründen der Beschäftigungs- und Ge-

schlechtergerechtigkeit, der Zukunftsfähigkeit, der Lebensqualität und der gesellschaftlichen Teilhabe.“

Vor allem in den Dienstleistungsbranchen sieht die Realität häufig anders aus. Da betreiben zum Beispiel ausgegliederte Servicegesellschaften Tarifflucht: zu niedrigen Löhnen muss meist noch länger gearbeitet werden. „Wir erleben in Deutschland, wie die prekäre und unsteife Arbeit immer mehr zunimmt“, sagte Ahting. Dies betreffe vor allem junge Menschen. Leiharbeit, Minijobs oder unfreiwillige Teilzeitarbeit seien Alltags-

realität von mehr als sieben Millionen Menschen in Deutschland. Sie müssten sich als Flexibilitäts-Reserve des Kapitals durchs Leben mühen. Und: Noch immer betrage die Arbeitslosigkeit 6,6 Prozent – offiziell sind 2,8 Millionen Menschen ohne Arbeit. „Gleichzeitig schufteten sich Millionen fast zu Tode, die zunehmende Arbeitsbelastung hat fatale Folgen. Burnout-Symptome und Depressionen sind die negativen gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen, aber auch für ihre Familien. Die Balance zwischen Leben und Beruf ist gestört“, sagte Ahting. Zudem könne von Stundentönen um die sechs oder sieben Euro niemand leben oder gar eine Familie ernähren.

Für den Gewerkschafter darf die Verkürzung der Arbeitszeit nicht allein auf Tariffragen reduziert werden: „Nur durch gesetzliche Vorgaben können tariflose Bereiche einbezogen und Mehrarbeit begrenzt werden.“ Und schließlich: Nur gute Arbeit biete genügend Chancen und Raum für gesellschaftliche Betätigung und Privatleben. Der Landesleiter will für die Arbeitszeit-Initiative bei Sportvereinen, Kirchen, Verbänden und Umweltinitiativen werben: „Damit wir mehr werden und durchsetzungsfähig sind.“

www.verdi-niedersachsen-bremen.de

Schwere Belastungen, miese Entlohnung

LOGISTIK | Mit der geplanten Ansiedlung der Firma Netrada wird die Region Hannover als Logistik-Standort noch weiter gestärkt. Doch von Tarifbindung, fairer Bezahlung, Sozialleistungen, qualifizierte Aus- und Weiterbildung – sind die meisten Logistikfirmen weit entfernt. „In den meisten Unternehmen gibt es nicht einmal Betriebsräte“, kritisiert ver.di-Gewerkschaftssekretär Christoph Feldmann.

Nach Schätzungen von ver.di werden gerade mal ein Drittel der 13 000 Logistik-Beschäftigten in der Region Hannover nach Tarif entlohnt. Die Mitarbeiter/innen der Verteilzentren, die vor allem in Langenhagen, Wunstorf und Barsinghausen angesiedelt sind, müssen teilweise mit Stundenlöhnen von nur sechs Euro auskommen. Jeder zweite Arbeitsplatz ist außerdem befristet; 40 Prozent der Beschäftigten sind Leiharbeiter/innen. Kein Wunder für Feldmann, dass die Logistik Mitarbeiter unzufrieden sind.

44 Prozent der Zusteller klagen über „Schwere körperliche und psychische Belastungen“. Fast 60 Prozent glauben nicht, bis zum gesetzlichen Rentenalter durchhalten zu können. Die Branche leidet unter Nachwuchsmangel und hoher Fluktuation. „Die Unternehmen sollen über Fachkräftemangel nicht nur klagen, sondern etwas dagegen tun – durch bessere Arbeitsbedingungen und angemessene tarifliche Entlohnung“, fordert Feldmann.

Keine Frage des Glaubens, sondern des Machterhalts

DIAKONIE | Die Diakonie-Beschäftigten in Hannover und Bückeburg kämpfen weiter um Tarifverträge und Streikrecht. Ihre Forderungen haben sie durch zahlreiche Warnstreiks bekräftigt. Bei einer Kundgebung in Hannover warf der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske den

So kommen wir ans Ziel

BUS UND BAHN | Der öffentliche Personennahverkehr muss gestärkt und ausgebaut werden. Fachtagung in Hannover

„Zukunft gestalten mit Bus und Bahn!“ Dieses DGB-Positionspapier haben bei einer Fachtagung in Hannover rund 80 Betriebs- und Personalräte sowie Vertreter aus Verkehrsunternehmen, Wissenschaft, Verbänden und Politik diskutiert. Im Zentrum stand die Frage, wie der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) erhalten und ausgebaut werden kann.

„Mobilität ist von zentraler Bedeutung und damit die Förderung des Nahverkehrs wichtiger denn je“, sagte ver.di-Fachsekretär Hermann Hane. „Er gewährleistete die soziale Teilhabe zu bezahlbarem Preis – für Jüngere und Ältere, für Menschen mit und ohne Behinderung, in Städten und auf dem Land.“ Außerdem trage der ÖPNV erheblich zum Klimaschutz bei. Und schließlich soll er hunderttausenden

Beschäftigten aus den Bereichen Dienstleistung, Industrie und Handwerk gut bezahlte, sichere und mitbestimmte Arbeitsplätze bieten. Darin waren sich alle einig und stellten einen Forderungskatalog zur Landtagswahl in Niedersachsen auf. Hier Auszüge:

Im Interesse aller

Rahmenbedingungen schaffen: Für einen zukunftsfähigen und nachhaltigen ÖPNV müssen die finanziellen, rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stimmen. Das Land muss mehr eigene Mittel in den Ausbau investieren. Derzeit sind die Eigenmittel quasi eingefroren.

Liberalisierung stoppen: Eine noch weitergehende Liberalisierung ist nicht

im Interesse der BürgerInnen und Beschäftigten. Konkurrenz auf Straße und Schiene darf nicht zur Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, zur Absenkung ökologischer Standards oder Kürzung öffentlicher Zuschüsse führen.

Gleiche Chancen: Niedersachsen braucht ein wirksameres Landesvergabegesetz, das den ÖPNV einschließt. Werden Dienstleistungen ausgeschrieben, so sind Tariftreue und die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zwingend vorzuschreiben und zu kontrollieren. Diese Standards müssen auch für private Verkehrsunternehmen gelten, die im Auftrag von Land und Kommunen tätig werden.

Ausbeutung beenden: Niedersachsen muss seinen Einfluss auf nationaler wie

europäischer Ebene nutzen, um soziale Mindeststandards im Verkehrssektor und Transportgewerbe festzulegen und Lohndumping und Ausbeutung von abhängig Beschäftigten, Kleingewerbetreibenden sowie Scheinselbstständigen zu beenden.

Offensive gefordert: Die öffentlichen ÖPNV-Investitionen in Niedersachsen sind seit Jahren zu niedrig. Schienen und Fahrzeugbestand sind betroffen. Niedersachsen – zumal als Standort von ÖPNV-Fahrzeughersteller – braucht eine Investitionsoffensive für Klimaschutz, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung sowie eine Steigerung technologischer Innovationen zur Energieeffizienz im Nahverkehr.

www.verdi-niedersachsen-bremen.de

Krippenplätze fallen nicht vom Himmel

BILDUNGSPOLITIK | ver.di macht mit Blick auf die Landtagswahlen Anfang 2013 den Fakten-Check und zeigt den Handlungsbedarf bei Bildungs- und Betreuungsangeboten auf

Die Investitionen in Bildung sind in Niedersachsen unzureichend, angefangen bei der frühkindlichen Förderung in Kindertagesstätten über das öffentliche Schulwesen bis hin zur Weiterbildung. ver.di hat zur Landtagswahl einen Faktencheck gemacht und Forderungen aufgestellt. Der Zugang zu Bildung und Bildungseinrichtungen muss flächendeckend kostenfrei möglich sein.

Einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge arbeiten inzwischen 40 000 Fachkräfte in den niedersächsischen Kitas – rund 10 000 mehr als noch vor fünf Jahren. Dreiviertel der Erzieher/innen arbeiten allerdings in Teilzeit, im Vergleich zu anderen Branchen ist das ein sehr hoher Anteil. Ein Grund dafür ist auch, dass es in Niedersachsen erheblich weniger Ganztagsbetreuung

als in anderen Ländern gibt. Nur 40 Prozent der Kita-Kinder über drei Jahren werden täglich länger als fünf Stunden betreut, während es im Bundesdurchschnitt bereits 80 Prozent sind. Bereits für das nächste Jahr fehlen laut der Studie in Niedersachsen mindestens 2 200 Erzieher/innen.

Das Land wird daher ab August 2013 die gesetzlich geforderte Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren nicht erreichen können. „Der rechtliche Anspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz für ihre Kleinkinder nutzt ihnen wenig, wenn aufgrund der Untätigkeit der jetzigen Landesregierung nicht genügend Krippenplätze vorhanden sind“, sagt ver.di-Landesleiter Detlef Ahting. ver.di fordert deshalb von der Landespolitik weitere Mittel zur Finanzierung

des Ausbaus von Krippenplätzen in den Kommunen. Das Land hat sich bisher lediglich mit fünf Prozent statt mit den zugesagten 33 Prozent an der Finanzierung beteiligt, also den Kommunen die notwendigen Gelder vorenthalten. Dadurch ergibt sich für die nächsten Jahre ein erheblicher finanzieller Zusatzbedarf. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sind geeignete Maßnahmen des Landes erforderlich.

Hoher Anpassungsbedarf

Das niedersächsische Kita-Gesetz wurde 1992 verabschiedet und zuletzt 2006 überarbeitet. Weil sich seither die Anforderungen in den Kitas verändert haben, besteht ein dringender Anpassungsbedarf. Das Gesetz muss novelliert werden,

auch um den Qualitätsstandard weiter zu verbessern und um Ganztagsangebote auszubauen. ver.di fordert, dass der Personalschlüssel verbessert wird und zukünftig nur Erzieher/innen mit staatlicher Anerkennung als pädagogische Kräfte in einer Gruppe tätig sind. Für Verwaltungsaufgaben bedarf es einer Freistellung für alle Kita-Leitungen von mindestens 20 Stunden, unabhängig von der Größe der Kita. Für die Vorbereitungszeit sind pro Fachkraft 7,5 Stunden wöchentlich vorzusehen. Alle pädagogischen Fachkräfte, so ver.di, müssen einen Anspruch auf Fort- und Weiterbildung in der Arbeitszeit haben, die der Arbeitgeber trägt. ver.di engagiert sich für diese Forderungen auch im „Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen“.



Frank Bsirske in Hannover

kirchlichen Arbeitgebern „Scheinheiligkeit“ vor: „Es ist keine Frage des Glaubens, sondern des Machterhalts, wenn die Diakonie am kirchlichen Arbeitsrecht festhält.“

Seit 2010 stocken die Entgeltverhandlungen zwischen kirchlichen Arbeitgebern und Beschäftigten. Immer wieder versucht die Geschäftsführung, Arbeitsniederlegungen zu verbieten. Für ver.di sind Streiks dagegen ein „grundgesetzlich geschütztes Menschenrecht“. Darüber wird im November eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ergehen. Das Landesarbeitsgericht Hamm hatte bereits 2011 entschieden, dass auch in kirchlichen Einrichtungen gestreikt werden darf.